

6. Input von Landes-Arbeiterkammern

Die Ergebnisse des Workshops wurden VertreterInnen der AK in Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg und Tirol vorgelegt. Anschließend wurden die VertreterInnen um ihre Einschätzung befragt. Die im Rahmen eines telefonisch durchgeführten Gespräches übermittelten Einschätzungen und Meinungen sind in der Folge zusammengefasst.

Die Ergebnisse der Expertenbefragung und des Workshops werden grundsätzlich bestätigt, kritisch angemerkt wurde, dass regionalwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte zuwenig Berücksichtigung gefunden hätten.

Rahmenbedingungen

Die VertreterInnen der Landesorganisationen der AK bekräftigen ihrerseits die Forderung nach konstanten und planbaren Rahmenbedingungen.

Organisation

Einzugsgebietsregelungen werden einerseits als vorteilhaft im Sinne von notwendig gesehen, da damit die Auslastung von Anlagen vor dem Hintergrund planbar zu entsorgender Mengen sichergestellt werden kann. Andererseits erscheint jedoch die Aufsicht über die damit entstehende Monopolsituation schwierig.

Eine gemeinsame Sammlung von Abfällen aus privaten Haushalten und aus Betrieben wird grundsätzlich als vorteilhaft und als wirtschaftliches Muss angesehen. Dies gilt jedenfalls für Hausabfälle und Abfälle ähnlicher Art und Zusammensetzung aus Betrieben im Rahmen der kommunalen Müllabfuhr. AK-Mitarbeiter berichten jedoch auch über Klagen von BürgerInnen, wonach gemeinsam benutzte Behälter insbesondere im Rahmen der Altstoffsammlung von Betrieben überfüllt würden.

Mit den neuen Entsorgungstechnologien, insbesondere der Verbrennung, werden starke Konzentrationsprozesse mit Bildung von Oligopol- und Monopolsituationen befürchtet.

Betreffend die Größe von Organisationseinheiten wird ausgeführt, dass größere Einheiten bis zu einem Optimum vorteilhaft wären. Neben technischen Aspekten kommt dabei der regionalen Wertschöpfung besondere Bedeutung zu. Gegenüber dem Zusammenschluss von Gemeinden zu Abfallverbänden wird kritisch angemerkt, dass diese Verbände eine vergleichsweise geringere BürgerInnen-Nähe hätten.

Ein verstärkter Informationsaustausch zwischen öffentlichen Organisationseinheiten (Gemeinden bzw. Verbände) wird als wichtig erachtet. Voraussetzung für einen Erfolg ist jedoch ein gegenseitiges Vertrauen der Gebietskörperschaften mit Offenlegung von Detaildaten.

Ein stärkerer Wettbewerb zwischen Kommunen im Sinne eines Vergleiches der Gebührenhöhe und des Leistungsumfanges (unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen) wäre durchaus anzustreben.

Entwicklung Müllgebühren

Die AK-VertreterInnen erwarten eine deutliche Steigerung der Müllgebühren in den nächsten Jahren aufgrund der Deponie-VO und des ALSAG-Beitrages. Einzelne stellten fest, dass auch die nach dem Finanzausgleichsgesetz mögliche Überdeckung der Gebühren bis zum doppelten Jahreserfordernis zu einer deutlichen Erhöhung der Müllgebühren (und auch der Abwassergebühren) beitragen kann.

Hinsichtlich der Gebührengestaltung fordern die AK-VertreterInnen generell eine höhere Transparenz der Gebührenermittlung.

Anfragen an Landes-Arbeiterkammern

Die meisten Anfragen von AK-Mitgliedern kommen zur Gebührenverrechnung und im Zusammenhang mit Änderungen in den Sammelsystemen. Hier wird ein verstärkter Informationsfluss zwischen Verbänden (bzw. Gemeinden, je nach dem wer vor Ort zuständig ist) und den einzelnen Haushalten angeregt und eine größere Transparenz in der Gebührenberechnung gefordert.